

Handbuch zur Europäischen Gesellschaft (SE)

Van Hulle / Maul / Drinhausen

2. Auflage 2022
ISBN 978-3-406-71272-2
C.H.BECK

Handbuch zur Europäischen Gesellschaft (SE)

von

Dr. Florian Drinhausen

Rechtsanwalt

Dr. Silja Maul

Rechtsanwältin

mitbegründet von Karel Van Hulle, Professor an der KU Leuven
und Abteilungsleiter Europäische Kommission


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG
2. Auflage 2022



Zitiervorschlag:
Van Hulle/Maul/Drinhausen SE-HdB/Bearbeiter § ... Rn. ...
HMD SE-HdB/Bearbeiter § ... Rn. ...



www.beck.de

ISBN 978 3 406 71272 2

© 2022 Verlag C.H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck: Westermann Druck Zwickau GmbH
Crimmitschauer Straße 43, 08058 Zwickau
Satz: 3w+p GmbH, Rimpf
Umschlaggestaltung: Druckerei C.H. Beck Nördlingen



chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort

Seit dem Erscheinen der ersten Auflage dieses Handbuchs sind rund 15 Jahre vergangen. Mit der ersten Auflage dieses Handbuchs verfolgten wir das Ziel, die damals junge Rechtsform der Societas Europaea (SE) in Deutschland bekannt und dem Rechtsanwender vertraut zu machen. Seitdem hat sich die Rechtsform der SE in Deutschland etabliert. So sind etwa unter den 40 im DAX vertretenen Gesellschaften mittlerweile 12 in der Rechtsform der SE organisiert.

Die für SE mit Sitz in Deutschland in zahlreichen Aspekten maßgeblichen nationalen gesetzlichen Regelungen, insbesondere die des deutschen Aktienrechts, haben seit der ersten Auflage zahlreiche Änderungen erfahren. Durch die Verbreitung der Rechtsform bei deutschen Unternehmen konnten umfangreiche praktische Erfahrungen mit der SE gesammelt werden. Um weiterhin dem mit diesem Handbuch verfolgten Anliegen gerecht zu werden, Praktikern eine kompakte Darstellung der wesentlichen gesellschafts-, arbeits-, bilanz- und steuerrechtlichen Fragestellungen zu geben, die bei der SE von ihrer Gründung bis zur Liquidation auftreten, war daher eine Neuauflage überfällig. In der zweiten Auflage neu aufgenommen wurde ein Abschnitt zur grenzüberschreitenden Verschmelzung nach den §§ 122a ff. UmwG, an der die SE mit Sitz in Deutschland sich ebenso wie eine deutsche Aktiengesellschaft beteiligen kann.

Wir freuen uns, dass aus dem Autorenteam der ersten Auflage zahlreiche Autoren auch an der zweiten Auflage mitgewirkt haben. Als neue Autoren hinzugegetreten sind Herr Prof. Dr. Georg Annuß und Herr Jan Rudolph, die den in der ersten Auflage von Herrn Dr. Alper Köklü verantworteten Abschnitt zur Arbeitnehmerbeteiligung übernommen haben. Der neue Abschnitt zur grenzüberschreitenden Verschmelzung wurde von den ebenfalls neu hinzugekommenen Autoren Herrn Prof. Dr. Notker Polley und Herrn Dr. Pascal Heßeling bearbeitet. Frau Dr. Gabriele Rautenstrauch hat als neue Autorin den in der ersten Auflage von Herrn Dr. Rolf Diemer bearbeiteten Abschnitt zu den EU-Vorgaben bei der Besteuerung übernommen. Schließlich führt Herr Prof. Dr. Florian Drinhausen die Abschnitte zur SE-Gründung durch Umwandlung sowie die Einleitung zur inneren Organisation, zum dualistischen System und zum monistischen System nunmehr gemeinsam mit Frau Astrid Keinath fort. Wir freuen uns, dass wir mit den neuen Autoren weitere erfahrene Praktiker für die Bearbeitung des Handbuchs gewonnen haben, und heißen sie im Autorenkreis herzlich willkommen.

Herrn Professor Karel van Hulle, Mitherausgeber der ersten Auflage, möchten wir ganz herzlich für seine unermüdliche Arbeit und Unterstützung danken. Ohne ihn wäre dieses Handbuch nicht möglich gewesen.

Dank gebührt auch dem Verlag für die tatkräftige Unterstützung bei dieser Neuauflage. Die Benutzer bitten wir herzlich um Anregungen und Kritik.

Im Februar 2022

*Dr. Silja Maul
Prof. Dr. Florian Drinhausen*

Bearbeiter

Dr. Georg Annuß, LL.M.
Rechtsanwalt in München
Professor an der Universität Regensburg

Dr. Jens Blumenberg
Steuerberater in Hamburg
Honorarprofessor an der Universität Göttingen

Dr. Florian Drinhausen
Rechtsanwalt in Frankfurt
Honorarprofessor der EBS Universität

Dr. Pascal Heßeling
Notarassessor in Homburg/Saar

Astrid Keinath
Rechtsanwältin in Frankfurt

Dipl.-Kfm. Georg Lanfermann
Präsident des DRSC e.V.

Dr. Silja Maul
Rechtsanwältin in Stuttgart

Dr. Notker Polley
Rechtsanwalt in Meerbusch
Honorarprofessor an der Universität Köln

Dr. Gabriele Rautenstrauch
Steuerberaterin in München

Jan Rudolph
Rechtsanwalt in München

Dr. Christoph Teichmann
Professor an der Universität Würzburg

Dr. Martin Wenz
Professor an der Universität Liechtenstein in Vaduz

Verzeichnis der ausgeschiedenen Bearbeiter

Dr. Rolf Diemer: 9. Abschnitt § 1 EU-Vorgaben: 1. Aufl. 2007

Dr. Alper Köklü: 6. Abschnitt: 1. Aufl. 2007

Im Einzelnen haben bearbeitet

Abschnitt 1 – Einsatzmöglichkeiten

- § 1 Einsatzmöglichkeiten Prof. Dr. Martin Wenz

Abschnitt 2 – Wesensmerkmale

- § 2 Wesensmerkmale Dr. Silja Maul

Abschnitt 3 – Rechtsquellen

- § 3 Rechtsquellen Prof. Dr. Florian Drinhausen,
Prof. Dr. Christoph Teichmann

Abschnitt 4 – Die Gründung der Societas Europaea

- § 4 Einleitung Prof. Dr. Christoph Teichmann
§ 5 Verschmelzung Prof. Dr. Christoph Teichmann
§ 6 Holding-SE Prof. Dr. Florian Drinhausen,
Prof. Dr. Christoph Teichmann
§ 7 Tochter-SE Dr. Silja Maul
§ 8 Umwandlung Prof. Dr. Florian Drinhausen,
Astrid Keinath
§ 9 Tochter-SE einer SE Dr. Silja Maul

Abschnitt 5 – Innere Organisation

- § 10 Einleitung Prof. Dr. Florian Drinhausen,
Astrid Keinath
§ 11 Dualistisches System Prof. Dr. Florian Drinhausen,
Astrid Keinath
§ 12 Monistisches System Prof. Dr. Florian Drinhausen,
Astrid Keinath
§ 13 Hauptversammlung Dr. Silja Maul

Abschnitt 6 – Arbeitnehmerbeteiligung

- § 14 Arbeitnehmerbeteiligung Prof. Dr. Georg Annuß,
Jan Rudolph

Abschnitt 7 – Grenzüberschreitende Sitzverlegung der SE

- § 15 Grenzüberschreitende Sitzverlegung Prof. Dr. Christoph Teichmann

Abschnitt 8 – Grenzüberschreitende Verschmelzung

- § 16 Grenzüberschreitende Verschmelzung Prof. Dr. Notker Polley,
Dr. Pascal Heßeling

Abschnitt 9 – Konzernrecht

- § 17 Konzernrecht Dr. Silja Maul

Abschnitt 10 – Besteuerung

- § 18 EU-Vorgaben Dr. Gabriele Rautenstrauch
§ 19 Die SE im deutschen Steuerrecht Prof. Dr. Jens Blumenberg

Abschnitt 11 – Rechnungslegung

- § 20 Rechnungslegung, Georg Lanfermann
Abschlussprüfung und
Offenlegung

Abschnitt 12 – Auflösung, Abwicklung und Insolvenz

- § 21 Auflösung, Abwick- Dr. Silja Maul
lung und Insolvenz


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Bearbeiter	VII
Verzeichnis der ausgeschiedenen Bearbeiter	VII
Im Einzelnen haben bearbeitet	VIII
Abkürzungsverzeichnis	XXVII
Literaturverzeichnis	XXXV

Abschnitt 1 – Einsatzmöglichkeiten

§ 1 Einsatzmöglichkeiten

A. Einführung	1
B. Grenzüberschreitende Flexibilität und Mobilität	4
I. Vollendung des Europäischen Binnenmarktes	5
II. Zielsystem der SE	7
III. Europäische Dimension sowie nationale Integration und Umsetzung	10
IV. Rechtsformspezifika und Motivation für die Rechtsformwahl	12
C. Europäisierung von Unternehmen und Konzernen	15
I. Beurteilung der Leistungsfähigkeit der SE	15
II. Grenzüberschreitende Mobilität von Unternehmen in Europa	18
III. Gesamtanzahl gegründeter und registrierter SE in Europa	22
IV. Gesamtanzahl der Beschäftigten operativ tätiger SE in Europa	23
V. Tätigkeitsbereiche operativ tätiger SE in Europa	24
VI. Formen der Gründung von SE in Europa	25
VII. Systeme der Corporate Governance von SE in Europa	27
VIII. Mitbestimmung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von SE in Europa	29
IX. Grenzüberschreitende Mobilität von SE in Europa	31
X. Börsennotierte, Familien- und weitere Unternehmen in der Rechtsform einer SE in Deutschland und Europa	33
D. Einsatzmöglichkeiten der SE im Überblick	34
E. Merger-SE	37
I. Ausgangssituation	37
II. Durchführung	38
III. Beurteilung	40
IV. Verschmelzung im Konzern	44
F. Acquisition-SE	45
I. Ausgangssituation	45
II. Durchführung	45
III. Beurteilung	48
G. Joint Venture-SE	49
H. Reorganisation-SE	50
I. Ausgangssituation	50
II. Vorgehensweise	51
III. Beurteilung	53

I. European Group-SE 55

J. Reengineering-SE 57

K. Cross Border-SE 59

L. Ergebnis 61

Abschnitt 2 – Wesensmerkmale

§ 2 Wesensmerkmale

A. Rechtsnatur 63

B. Kapital und Mitgliedschaft 64

C. Firma 65

D. Sitz 65

E. Satzung 65

 I. Satzungsinhalt und -autonomie 66

 1. Notwendiger Satzungsinhalt 66

 2. Fakultative Satzungsbestimmungen 67

 II. Rechtsfolgen von Satzungsängeln 69

F. Handelsregister 71

 I. Anmeldung 71

 II. Prüfung und Entscheidung des Registergerichts 72

 III. Eintragung 72

 IV. Bekanntmachungen der Eintragung 73

Abschnitt 3 – Rechtsquellen

§ 3 Rechtsquellen

A. Verordnung und Richtlinie 75

B. Normenhierarchie 76

 I. Anwendbares Recht bei der Gründung 76

 II. Anwendbares Recht auf die bestehende SE 76

C. Auslegung der Rechtsquellen 79

Abschnitt 4 – Die Gründung der Societas Europaea

§ 4 Einleitung

A. Gründungsformen 81

B. Allgemeine Gründungsfragen 83

§ 5 Verschmelzung

A. Vorbemerkung 87

B. Einführung 88

 I. Besonderheiten gegenüber der innerstaatlichen Verschmelzung 88

 II. Gesetzliche Regelungstechnik 90

 III. Gründungsphasen 91

C. Voraussetzungen und Ablauf der Verschmelzung	92
I. Beteiligte Gesellschaften	92
1. Aktiengesellschaften	93
2. Dem Recht verschiedener Mitgliedstaaten unterliegend	93
3. Sitz und Hauptverwaltung in der Gemeinschaft	94
II. Aufstellung des Verschmelzungsplans	94
1. Gleich lautende Verschmelzungspläne	94
2. Zuständiges Organ: Vorstand	94
3. Inhalt des Verschmelzungsplans	95
4. Form des Verschmelzungsplans	99
5. Zuleitung an den Betriebsrat	99
III. Verschmelzungsbericht	100
IV. Prüfung der Verschmelzung	101
V. Offenlegung des Verschmelzungsvorhabens	101
VI. Aufnahme der Verhandlungen mit den Arbeitnehmern	102
VII. Hauptversammlungsbeschluss	103
VIII. Rechtmäßigkeitsprüfung	104
IX. Eintragung und Wirkungen der Verschmelzung	105
D. Einzelfragen	105
I. Unternehmensbewertung	105
II. Kontrolle des Umtauschverhältnisses	108
1. Ausschluss der Anfechtungsklage und Spruchverfahren	108
2. Zustimmung der ausländischen Gesellschaft(en)	109
III. Barabfindung widersprechender Aktionäre	109
IV. Gläubigerschutz	110
1. SE mit Sitz in Deutschland	110
2. SE mit Sitz im Ausland	111
§ 6 Holding-SE	
A. Einführung	113
B. Regelungstechnik	113
C. Gründungsphasen	114
D. Voraussetzungen und Ablauf der Gründung	114
I. Beteiligte Gesellschaften	114
II. Vorbereitung der Anteilseignerversammlung	115
III. Beschlussfassung durch die Anteilseignerversammlung	118
IV. Einbringung der Anteile in die SE	119
V. Das Umtauschverhältnis	121
VI. Eintragung der Gründung	122
1. Gründungsprüfung	122
2. Negativerklärung	123
3. Einbringung des Mindestprozentsatzes	123
4. Grundkapital der SE	124
5. Wirkungen der Eintragung	125
VII. Rechtsfolgen der Gründung einer Holding-SE	125
E. Einzelfragen der Holding-Gründung	126
I. Die Beteiligung der Anteilseignerversammlung	126
II. Die Kontrolle des Umtauschverhältnisses	127
III. Das Austrittsrecht gegen Barabfindung im Gründungsplan	128
1. Voraussetzungen des Austrittsrechts	128

2. Rechtsfolgen des Austrittsrechts: Erwerb eigener Aktien durch eine Gründungs-AG	130
IV. Anwendbarkeit des WpÜG	131
§ 7 Tochter-SE	
A. Besonderheiten gegenüber der Tochtergründung nationalen Rechts	135
B. Gesetzliche Regelungstechnik	136
C. Gründungsphasen	136
D. Ablauf der Tochtergründung	137
I. Beteiligte Gesellschaften	137
1. Gesellschaften iSd Art. 54 Abs. 2 AEUV	137
2. Juristische Personen des öffentlichen oder privaten Rechts	137
II. Gründung nach dem Recht eines Mitgliedstaates und Sitz in einem solchen	138
III. Mehrstaatigkeitserfordernis	138
E. Gründungsverfahren	138
I. Vorbereitungen zur Einbeziehung der Arbeitnehmer	139
II. Gründung	139
III. Erfordernis auf Seiten der Gründer	140
1. AG	140
2. GmbH	141
3. Personenhandelsgesellschaft	141
IV. Bewertung/Besteuerung	141
V. Anmeldung der Gründung	142
VI. Eintragung	142
VII. Kapitalmarktrechtliche Publizitätspflichten	142
§ 8 Umwandlung	
A. Einführung	143
B. Regelungstechnik	144
C. Gründungsphasen	145
D. Voraussetzungen und Ablauf der Gründung	146
I. Umwandlungsfähige Rechtsträger	146
1. Aktiengesellschaft	146
2. Tochtergesellschaft, die dem Recht eines anderen Mitgliedstaats unterliegt	146
II. Vorbereitung der Hauptversammlung	147
1. Erstellung des Umwandlungsplans	147
a) Inhalt des Umwandlungsplans	147
b) Form des Umwandlungsplans	149
c) Zuleitung an den Betriebsrat	150
2. Offenlegung des Umwandlungsplans	150
3. Erstellung des Umwandlungsberichts	151
4. Bescheinigung über Nettovermögenswerte	152
5. Einberufung der Hauptversammlung	153
III. Beschlussfassung durch die Hauptversammlung	153
IV. Eintragung der SE	154

E. Einzelfragen	156
I. Erforderlichkeit von Gründungsprüfungen (§ 33 AktG) und Gründungsbericht (§ 32 AktG)	156
II. Barabfindungsangebot (§§ 207 ff. UmwG)	158
III. Verbot der grenzüberschreitenden Sitzverlegung anlässlich des Formwechsels	159

§ 9 Tochter-SE einer SE

A. Besonderheiten gegenüber der Verschmelzung nationalen Rechts	161
B. Gesetzliche Regelungstechnik	161
C. Ablauf der Tochtergründung	162
I. Kein Mehrstaatigkeitserfordernis	162
II. Einpersonen-Gründung	162
III. Gründungsverfahren	162
1. Bar- oder Sachgründung	163
2. Ausgliederung	163
3. Erfordernis auf Seiten der Gründungs-SE	163

Abschnitt 5 – Innere Organisation

§ 10 Einleitung

§ 11 Dualistisches System

A. Die Grundstruktur einer dualistischen SE nach deutschem Recht	167
B. Das Leitungsorgan	167
I. Bestellung der Mitglieder des Leitungsorgans	168
II. Abberufung der Mitglieder des Leitungsorgans	170
III. Innere Organisation des Leitungsorgans	171
IV. Vertretung der SE durch das Leitungsorgan	171
C. Das Aufsichtsorgan	172
I. Bestellung der Mitglieder des Aufsichtsorgans	172
II. Abberufung der Mitglieder des Aufsichtsorgans	174
III. Innere Organisation des Aufsichtsorgans	174
IV. Vertretung der SE durch das Aufsichtsorgan	175
V. Informationsfluss	175
D. Einzelfragen zur Unternehmensführung	176
I. Zustimmungspflichtige Geschäfte	176
II. Die Beschlussfassung der Organe	177
III. Die Haftung der Mitglieder der Organe	178

§ 12 Monistisches System

A. Die Grundstruktur einer monistischen SE nach deutschem Recht	179
B. Der Verwaltungsrat	180
I. Aufgabenbereich des Verwaltungsrats	180
II. Bestellung der Mitglieder des Verwaltungsrats	181
III. Abberufung der Mitglieder des Verwaltungsrats	183
IV. Innere Ordnung des Verwaltungsrats	183
V. Vertretungsbefugnis des Verwaltungsrats	184

C. Die geschäftsführenden Direktoren	184
I. Aufgabenbereich der geschäftsführenden Direktoren	184
II. Das Verhältnis der geschäftsführenden Direktoren zu anderen Organen der SE	185
1. Verhältnis zum Verwaltungsrat	185
2. Verhältnis zur Hauptversammlung	187
III. Bestellung der geschäftsführenden Direktoren	187
IV. Abberufung der geschäftsführenden Direktoren	188
V. Anstellungsvertrag	189
VI. Innere Ordnung der geschäftsführenden Direktoren	189
VII. Vertretungsbefugnis der geschäftsführenden Direktoren	189
D. Einzelfragen zur Unternehmensführung	190
I. Informationsfluss innerhalb der Gesellschaft	190
II. Zustimmungspflichtige Geschäfte	190
III. Beschlussfassung des Verwaltungsrats	191
IV. Beschlussfassung durch die geschäftsführenden Direktoren	192
E. Haftung	192
I. Haftung der Mitglieder des Verwaltungsrats	192
II. Haftung der geschäftsführenden Direktoren	193
III. Strafrechtliche Haftung	194

§ 13 Hauptversammlung

A. Besonderheiten gegenüber der Hauptversammlung nationalen Rechts	195
B. Zuständigkeit	196
I. Zuständigkeit nach der SE-Verordnung	197
1. Satzungsänderungen	197
2. Bestellung der Mitglieder des Aufsichtsorgans bzw. Verwaltungsrats	198
3. Direkte Bestellung der Mitglieder des Leitungsorgans	198
4. Gründung und Umwandlung	198
II. Zuständigkeit aufgrund der SE-Ergänzungsrichtlinie	198
III. Zuständigkeit nach den Vorschriften des Sitzstaates – deutsches Aktienrecht	199
1. Kompetenzen nach § 119 AktG iVm Art. 52 SE-VO	199
a) Verwendung des Bilanzgewinns	199
b) Entlastung	199
c) Bestellung des Abschlussprüfers	200
d) Maßnahmen der Kapitalbeschaffung und der Kapitalherabsetzung	200
e) Bestellung von Sonderprüfern	201
f) Auflösung der Gesellschaft	201
2. Sonstige Kompetenzen aufgrund Verweises auf nationales Recht	201
a) Verzicht und Vergleich auf Ersatzansprüche der Gesellschaft	201
b) Zustimmung zu Nachgründungsverträgen	201
c) Ermächtigung zum Erwerb/zur Einziehung eigener Aktien	202
d) Vorbereitung von Hauptversammlungsbeschlüssen	202
e) Entzug des Vertrauens	202
f) Abberufung der Mitglieder des Aufsichtsorgans bzw. Verwaltungsrats	202
g) Letztentscheidungsrecht bei vorlagepflichtigen Geschäftsführungsangelegenheiten	203
h) Festsetzung der Vergütung des Aufsichtsorgans bzw. des Verwaltungsrats	203

i) Geltendmachung von Ersatzansprüchen gegenüber Gründern und Verwaltungsmitgliedern	203
j) Widerruf der Wahl zum Abschlussprüfer	204
k) Feststellung des Jahresabschlusses	204
l) Übertragung des gesamten Vermögens	204
m) Bewertung von Erträgen aufgrund höherer Bewertung	204
n) Konzernrechtliche Maßnahmen.	204
o) Bestellung und Abberufung von Arbeitnehmervertretern	205
IV. Zuständigkeiten aufgrund der Satzung der SE	205
V. Ungeschriebene Hauptversammlungs Zuständigkeiten	205
VI. Ordentliche und außerordentliche Hauptversammlung	206
C. Organisation der Hauptversammlung	207
I. Zeitpunkt des Zusammentretens	207
II. Ort	208
III. Tag und Uhrzeit	208
IV. Sprache	208
V. Gründe für die Einberufung	209
VI. Einberufungsberechtigte	209
1. Organe	209
2. Zuständige Behörde	210
3. Andere Personen	210
4. Minderheitsverlangen	210
VII. Art und Weise der Einberufung	212
1. Form und Frist der Einberufung	212
2. Tagesordnung	212
3. Sonstige Mitteilungspflichten im Vorfeld der Hauptversammlung	213
D. Ablauf und Leitung der Hauptversammlung	213
E. Beschlussfassung	214
I. Einfacher Beschluss	214
1. Stimmenmehrheit	214
2. Satzungsgestaltung	215
II. Satzungsändernde Mehrheit	216
1. Qualifizierte Mehrheit	216
2. Satzungsgestaltung	216
III. Stimmrechte	217
IV. Wertung der Stimmen	217
V. Sonderbeschlüsse	218
F. Anfechtungs- und Nichtigkeitsklage	218

Abschnitt 6 – Arbeitnehmerbeteiligung

§ 14 Arbeitnehmerbeteiligung

A. Einleitung	220
I. Grundsätze	220
II. Anwendbare Rechtsnormen	221
III. Grundbegriffe	222
B. Bildung des besonderen Verhandlungsgremiums	224
I. Einleitung des Verfahrens	224
1. Aufforderung zur Bildung des BVG	224

2. Information über die Gründung	225
a) Informierender und Adressat	225
b) Formalien	226
c) Inhalt der Information	227
d) Folgen einer fehlerhaften Information	228
e) Korrektur der Information im laufenden Verfahren	228
II. Sitzverteilung im BVG	229
1. Grundsatz	229
2. Sonderfall Verschmelzung	231
3. Änderung der Zusammensetzung im laufenden Verfahren	233
4. Ersatzmitglieder	233
5. Nicht ausreichende Zahl an Arbeitnehmern	233
III. Bestellung/Wahl der Mitglieder in Deutschland	234
1. Allgemeine Bestimmungen für die Wahl	234
a) Wählbarkeit und Mindestsitze	234
b) Verteilung der Sitze auf die Gesellschaften	235
2. Wahl durch Wahlgremium	237
a) Zusammensetzung des Wahlgremiums	238
b) Wahlverfahren	242
3. Ausnahmefall Urwahl	246
4. Streitigkeiten über die Wirksamkeit der Wahl	247
IV. Wahl/Bestellung der Mitglieder in den anderen Mitgliedstaaten	248
V. Informationspflichten nach der Wahl/Bestellung	249
VI. Frist für die Wahl/Bestellung der Mitglieder	250
C. Verhandlungsverfahren	251
I. Konstituierende Sitzung und weitere Sitzungen des BVG	251
1. Konstituierende Sitzung	251
a) Einladung	251
b) Durchführung der konstituierenden Sitzung	252
2. Weitere Sitzungen des BVG	254
II. Durchführung der Verhandlung	255
1. Grundsatz der vertrauensvollen Zusammenarbeit	255
2. Information durch die Leitungen	256
3. Sitzungen	257
4. Hinzuziehung von Sachverständigen	257
5. Information Außenstehender	258
6. Abschluss der Verhandlungen	259
a) Abschluss der Beteiligungsvereinbarung	259
b) Nichtaufnahme oder Abbruch der Verhandlungen	259
c) Ablauf der Verhandlungsfrist	259
III. Beschlussfassung des BVG	261
1. Vertretung der Arbeitnehmer im BVG	261
2. Allgemeine Beschlüsse	261
3. Beschlussfassung bei Minderung der Mitbestimmungsrechte	262
4. Beschluss über Nichtaufnahme oder Abbruch der Verhandlungen	264
IV. Kosten der Verhandlungen	265
V. Schutz der BVG-Mitglieder	266
VI. Verschwiegenheitspflichten	267
VII. Sonderfälle	267
1. Neuverhandlungen	267
a) Neuverhandlungen nach Nichtaufnahme oder Abbruch der Verhandlungen	267

b) Neuverhandlungen bei strukturellen Änderungen	269
c) Neuverhandlungen bei Anwendung der gesetzlichen Auffanglösung	274
d) Wiederaufnahme aufgrund Vereinbarung	274
2. Aktivierung einer Vorrats-SE	274
D. Die Beteiligungsvereinbarung	275
I. Rechtsnatur	276
II. Zustandekommen/Abschluss	277
III. Inhalt	277
1. Allgemeine Regelungen	277
a) Räumlicher Geltungsbereich	277
b) Geltungsdauer	278
c) Neuverhandlungen	279
d) Sprache der Vereinbarung	279
e) Rechtswahl	279
f) Konfliktlösung	280
g) Salvatorische Klausel	280
h) Definitionen	280
2. Unterrichtung und Anhörung	280
a) Allgemeines	280
b) Größe des SE-BR und Sitzverteilung	281
c) Wahl/Bestellung der SE-BR-Mitglieder	282
d) Binnenverfassung/Beschlussfassung	283
e) Verfahren zur Unterrichtung und Anhörung	284
f) Arbeitsbedingungen des SE-Betriebsrats/Kosten	284
g) Alternative Verfahren für Unterrichtung und Anhörung	285
h) Einführung betrieblicher Mitbestimmung?	285
3. Unternehmensmitbestimmung	286
a) Pflicht zur Regelung der Mitbestimmung?	286
b) Rahmen und Grenzen der Vereinbarungsautonomie bei der Unternehmensmitbestimmung	286
c) Einzelne Regelungen in der Beteiligungsvereinbarung	287
4. Möglichkeit der (teilweisen) Anwendung der Auffanglösung	290
IV. Mängel der Beteiligungsvereinbarung	291
E. Beteiligung kraft Gesetzes	291
I. Unterrichtung und Anhörung kraft Gesetzes	292
1. Voraussetzung für die Anwendung	292
2. Errichtung des SE-Betriebsrats kraft Gesetzes	293
a) Zeitpunkt der Bildung	293
b) Arbeitnehmer als Mitglieder	293
c) Sitzverteilung	294
d) Wahlverfahren	295
e) Amtsdauer	295
3. Binnenverfassung des SE-BR kraft Gesetzes	296
4. Prüfung der Zusammensetzung des SE-BR kraft Gesetzes	297
5. Neuverhandlungen über den Abschluss einer Beteiligungsvereinbarung	298
6. Unterrichtung und Anhörung des SE-BR kraft Gesetzes	298
a) Allgemeines	298
b) Reguläre Anhörung	298
c) Unterrichtung und Anhörung im Sonderfall	300
d) Information der nationalen Arbeitnehmervertretungen	301

7. Arbeitsbedingungen des SE-BR kraft Gesetzes	301
a) Fortbildung	301
b) Sachverständige	302
c) Kosten und Sachaufwand	303
II. Mitbestimmung kraft Gesetzes	303
1. Voraussetzungen der Mitbestimmung kraft Gesetzes	303
a) formwechselnde Umwandlung	303
b) Verschmelzung	304
c) Holding- oder Tochter-SE	305
d) Bestimmung der Form der Mitbestimmung	305
e) Mitteilung an die Leitungen	305
2. Umfang der Mitbestimmung	306
a) formwechselnde Umwandlung	306
b) Verschmelzung, Holding- oder Tochter-SE	307
c) Auswirkung von späteren Änderungen auf die Mitbestimmung	307
3. Sitzverteilung und Bestellung	307
a) Verteilung der Sitze auf die einzelnen Mitgliedstaaten	307
b) Wahl/Bestellung der Mitglieder	308
c) Bestellung durch die Hauptversammlung und gerichtliche Bestellung	309
4. Abberufung und Anfechtung	310
a) Abberufung	310
b) Anfechtung und Nichtigkeit der Wahl	311
5. Rechtsstellung; Innere Ordnung	312
III. Arbeitnehmerbeteiligung in Tendenzbetrieben	314
E. Grundsätze der Zusammenarbeit/Schutzbestimmungen	314
I. Vertrauensvolle Zusammenarbeit/Verschwiegenheit	314
1. Vertrauensvolle Zusammenarbeit	314
2. Geheimhaltung und Vertraulichkeit	315
II. Schutz der Arbeitnehmervertreter	316
III. Missbrauchsverbot	317
IV. Allgemeine Schutzvorschriften	318
G. Unterschiede bei grenzüberschreitender Verschmelzung	319

Abschnitt 7 – Grenzüberschreitende Sitzverlegung der SE

§ 15 Grenzüberschreitende Sitzverlegung

A. Vorbemerkung	323
B. Einführung	324
I. Der „Sitz“ der Gesellschaft	324
1. Internationales Gesellschaftsrecht	324
2. Mitgliedstaatliches Sachrecht	324
3. SE-Verordnung	325
II. Rechtsrahmen der Sitzverlegung	326
III. Wechsel des ergänzend anwendbaren Gesellschaftsrechts	327
IV. Beteiligungsrechte der Arbeitnehmer	327
C. Verfahren der Sitzverlegung	329
I. Überblick	329
II. Ablauf der Sitzverlegung im Einzelnen	329
1. Verlegungsplan	329

2. Verlegungsbericht	331
3. Verlegungsbeschluss	333
4. Rechtmäßigkeitskontrolle	334
a) Wegzugsstaat	334
b) Zuzugsstaat	335
5. Eintragung im neuen Sitzstaat	336
D. Schutz widersprechender Minderheitsaktionäre	336
E. Gläubigerschutz	337
I. Gerichtsstand	337
II. Sicherheitsleistung	338
F. Fortbestand öffentlich-rechtlicher Genehmigungen	339

Abschnitt 8 – Grenzüberschreitende Verschmelzung

§ 16 Grenzüberschreitende Verschmelzung

A. Einführung	341
B. Begriff der grenzüberschreitenden Verschmelzung	342
I. Bedeutung und Vorgaben der GesR-RL	342
II. Verschmelzung	343
III. Grenzüberschreitend	343
C. Ablauf der grenzüberschreitenden Verschmelzung	344
I. Vorbereitungsphase	344
1. Schlussbilanz des übertragenden Rechtsträgers	344
2. Aufstellung des Verschmelzungsplans (§ 122c UmwG)	345
a) Allgemeines	345
b) Rechtsnatur	346
c) Zuständigkeit	346
d) Gemeinsamer Verschmelzungsplan und anwendbares Recht	347
e) Inhalt	348
3. Bekanntmachung des Verschmelzungsplans (§ 122d UmwG)	352
a) Voraussetzungen	352
b) Rechtsfolgen	353
c) Kein Verzicht	354
4. Verschmelzungsbericht (§§ 8, 122e UmwG)	354
5. Verschmelzungsprüfung (§§ 9–12, 122f UmwG)	356
6. Kartellrechtliche Aspekte	358
7. Vorbereitung der Hauptversammlung	358
8. Beachtung der Nachgründungsvorschriften (§ 67 UmwG)	360
II. Beschlussphase	360
1. Erforderliche Mehrheit	360
2. Zustimmungsvorbehalt im Hinblick auf Arbeitnehmermitbestimmung	360
3. Entbehrlichkeit der Beschlussfassung	361
4. Zustimmungsvorbehalt im Hinblick auf das Umtauschverhältnis	362
5. Zustimmungsvorbehalt hinsichtlich eines etwaigen Abfindungsangebots	364
6. Kapitalerhöhung	364
a) Kapitalerhöhungsverbote	364
b) Kapitalerhöhungswahlrechte	365
c) Verschmelzung mit Kapitalerhöhung	365

III. Vollzugsphase	366
1. Beteiligung einer deutschen SE als übertragende Gesellschaft (§§ 16, 17, 122k UmwG)	366
2. Beteiligung einer deutschen SE als übernehmende Gesellschaft (§ 122l UmwG)	369

Abschnitt 9 – Konzernrecht

§ 17 Konzernrecht

A. Besonderheiten gegenüber dem Konzernrecht nationalen Rechts	373
B. Anwendung der konzernrechtlichen Regelungen auf die SE	374
C. Allgemeine Vorschriften	376
D. Vertragskonzern	376
I. Abschluss von Unternehmensverträgen	376
II. Beherrschungsverträge	377
1. Die SE als herrschendes Unternehmen	377
a) Weisungsbefugnis	377
b) Schutz der Aktionäre und Gläubiger	378
c) Haftung der Vertreter des herrschenden Unternehmens	378
2. Die SE als abhängige Gesellschaft	380
a) Beherrschungsvertragliche Weisungen	380
b) Umsetzung des § 308 Abs. 3 AktG	381
c) Haftung der Organmitglieder der abhängigen Gesellschaft	382
d) Rechte der Aktionäre und Gläubiger	382
III. Gewinnabführungsverträge	382
E. Faktische Unternehmensverbindungen	383
I. Die SE als herrschendes Unternehmen	383
II. Die SE als abhängige Gesellschaft	383
1. Eigenverantwortliche Leitung	383
2. Abhängigkeitsbericht	384
3. Haftung der Organmitglieder der abhängigen SE	385
F. Existenzvernichtender Eingriff – qualifiziert faktischer Konzern	385
G. Eingliederung	386
I. Hauptgesellschaft	386
II. Eingegliederte Gesellschaft	386
H. Grenzüberschreitende Sachverhalte	386
I. Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge	387
II. Faktische Unternehmensverbindungen	387
III. Eingliederung	388

Abschnitt 10 – Besteuerung

§ 18 EU-Vorgaben

A. Besteuerung der Gründungsvorgänge der SE nach EU-Recht	389
I. Überblick über die Gründungsvorgänge der SE	389
II. Überblick über die einschlägigen Regelungen der EU-Fusionsrichtlinie	390
1. Ausgangslage	390
2. Sachlicher Anwendungsbereich	390

3. Persönlicher Anwendungsbereich	391
4. Transparente bzw. hybride Unternehmen	391
5. Missbrauchsvorbehalt	391
6. Weiterhin vorhandene Probleme	392
7. Steueraufschub für die Sitzverlegung der Europäischen Aktiengesellschaft (Societas Europaea – SE) und der Europäischen Genossenschaft (Societas Cooperativa Europaea – SCE)	392
8. Klarstellende Regelung der Umwandlung von einer Betriebsstätte in eine Tochtergesellschaft	392
III. Ertragsteuerliche Behandlung der Gründung einer SE im Einzelnen	393
1. Verschmelzungsgründung	393
2. Gründung einer Holding-SE	394
3. Gründung einer Tochter-SE	395
4. Formwechselnde Umwandlung einer AG in eine SE	396
IV. Anwendung der Kapitalverkehrsteuerrichtlinie	396
B. Besteuerung der grenzüberschreitenden Sitzverlegung der SE	397
I. Sitzverlegung der SE	397
II. Besteuerung der Sitzverlegung nach der Fusionsrichtlinie	398
C. Laufende Besteuerung der SE	399
I. Keine steuerlichen Regelungen für die Besteuerung der SE auf EU-Ebene	399
II. Körperschaftsteuerliche Probleme und Hindernisse	400
III. Europäische Rechtsgrundlagen für die laufende Besteuerung einer SE	401
1. Mutter-Tochter-Richtlinie	401
2. Zins- und Lizenzgebührenrichtlinie	402
3. Verrechnungspreise	402
4. Grenzüberschreitender Verlustausgleich	402
§ 19 Die SE im deutschen Steuerrecht	
A. Einleitung	405
B. Grundlagen der Besteuerung der SE	406
I. Behandlung der SE generell als Kapitalgesellschaft	406
II. Besondere Bedeutung der Regelungen zur Entstrickung und Verstrickung von Wirtschaftsgütern	408
1. Hintergrund	408
2. Entstrickung	408
3. Verstrickung	410
III. Behandlung der SE im UmwStG	412
C. Die Besteuerung der SE-Gründungsvorgänge	413
I. Gründungsvarianten	413
II. Gründung durch Verschmelzung	414
1. Grundlagen	414
2. Herausverschmelzung	414
a) Besteuerung auf Gesellschaftsebene	415
b) Besteuerung der Anteilseigner	418
3. Hereinverschmelzung	419
a) Besteuerung auf Ebene der übertragenden Gesellschaft	419
b) Besteuerung auf Ebene der übernehmenden Gesellschaft	420
c) Besteuerung der Anteilseigner	421
4. Ausländische Verschmelzung mit Inlandsbezug	421

III. Gründung einer Holding-SE	422
1. Gesellschaftsrechtliche Grundlagen	422
2. Anwendungsbereich des UmwStG	423
3. Steuerliche Folgen für die Gründungsgesellschaften	423
4. Steuerliche Folgen für die übernehmende Holding-SE	423
5. Steuerliche Folgen beim Einbringenden	424
6. Folgen bei Weiterveräußerung der eingebrachten Anteile durch die erwerbende Holding-SE	425
IV. Gründung einer Tochter-SE	426
1. Gesellschaftsrechtliche Grundlagen	426
2. Beteiligte Rechtsträger und Einbringungsgegenstände	426
3. Steuerliche Folgen für die übernehmende Tochter-SE	427
4. Steuerliche Folgen für die einbringenden Gründungsgesellschaften	428
5. Folgen der Veräußerung durch den Einbringenden/Anteilseigner nach der Einbringung	430
V. Formwechsel	431
D. Sitzverlegung	431
I. Gesellschaftsrechtliche Grundlagen	431
II. Steuerliche Behandlung der Sitzverlegung	431
1. Allgemeines	431
2. Sitzverlegung aus dem Inland ins EU/EWR-Ausland	432
a) Behandlung auf Gesellschaftsebene	432
b) Behandlung auf Gesellschafterebene	433
3. Sitzverlegung aus dem Ausland ins Inland	434
4. Sitzverlegung zwischen verschiedenen ausländischen EU/EWR-Staaten	435
Abschnitt 11 – Rechnungslegung	
§ 20 Rechnungslegung, Abschlussprüfung und Offenlegung	
A. Besonderheiten gegenüber der Rechnungslegung, Abschlussprüfung und Offenlegung einer deutschen Aktiengesellschaft	437
B. Gesetzliche Regelungstechnik	438
C. Finanzberichterstattungsprozess einer deutschen SE	438
I. Dualistisches Modell	438
II. Monistisches Modell	438
1. Aufstellung des Jahresabschlusses	438
2. Führung der Handelsbücher und Risikomanagement	439
3. Überprüfung des Jahresabschlusses durch den Verwaltungsrat	439
4. Feststellung des Jahresabschlusses	440
5. Haftung	440
III. Besonderheiten bei Unternehmen von öffentlichem Interesse	441
D. Offenlegungspflichten der deutschen Zweigniederlassung einer ausländischen SE	442
E. Rechnungslegungsaspekte bei der Verschmelzung zu einer deutschen SE	442
I. Vorbereitung der beschließenden Hauptversammlungen der beteiligten Rechtsträger	442
II. Schlussbilanz der übertragenden Aktiengesellschaft	443
III. Bilanzierung bei der übernehmenden deutschen SE	444

F. Rechnungslegungsaspekte bei der Gründung einer deutschen Holding-SE	446
G. Rechnungslegungsaspekte bei der Gründung einer deutschen Tochter-SE	446
H. Rechnungslegungsaspekte beim Formwechsel	447
I. Rechnungslegungsaspekte bei der Sitzverlegung einer SE	448
I. Zuzug der SE nach Deutschland	448
II. Wegzug der SE aus Deutschland	448

Abschnitt 12 – Auflösung, Abwicklung und Insolvenz

§ 21 Auflösung, Abwicklung und Insolvenz

A. Abweichungen vom nationalen Recht	451
B. Verweisungstechnik	451
C. Auflösungsgründe	452
D. Abwicklung	453
I. Anwendbares Recht	453
II. Aufgabenverteilung	454
1. Abwickler	454
2. Aufsichtsrat/Verwaltungsrat	455
3. Hauptversammlung	455
III. Anmeldung zum Handelsregister	455
IV. Fortsetzung	456
V. Nachtragsliquidation	456
E. Insolvenz	456
F. Auflösungsbesteuerung	458
Sachverzeichnis	459